

Ansprache vom 14. Juni 2012 zur Übergabe der mehr als 150 Selbstanzeigen dem Amt für öffentliche Ordnung in Stuttgart

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Mehr als 2000 Menschen haben in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar versucht die Räumung des Schlossgartens zu verhindern. Laut Akteneinsicht spricht die Polizei von 86 Störern, ca. 60 davon erhielten einen Bußgeldbescheid, ihnen wird zur Last gelegt, sich nicht unverzüglich aus einer von der Polizei aufgelösten Versammlung entfernt zu haben. Knappe 50 haben Einspruch gegen den Bußgeldbescheid eingelegt. Am Dienstag, 19. Juni, findet um 9 Uhr die erste Verhandlung vor dem Amtsgericht in Stuttgart statt. 51 Menschen erhielten zudem noch einen Gebührenbescheid über eine Wegtragegebühr.

Projektgegner werden kriminalisiert, während rechtswidrige Handlungen der Projektbetreiber durch die Staatsanwaltschaft wegen fehlendem Anfangsverdacht nicht einmal verfolgt werden.

Aus Solidarität haben wir diese Selbstanzeige-Aktion gestartet. Wir setzen ein politisches Zeichen: Wir sind nicht mehr gewillt die Kriminalisierung der Protestbewegung gegen Stuttgart 21 hinzunehmen. Es laufen 4.500 Verfahren gegen ProjektgegnerInnen. Nicht wir dürfen straf- oder zivilrechtlich belangt werden. Sondern diejenigen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, die gegen jegliche Vernunft die kriminell und undemokratisch zustande gekommene Planung von dem unnützen Projekt Stuttgart 21 durchziehen.

Heute übergeben wir dem Amt für öffentliche Ordnung den ersten Schwung mit über 150 Selbstanzeigen:

Wir alle haben gemeinsam am 14./15. Februar versucht, den Mittleren Schlossgarten mit seiner Flora und Fauna nach Kräften zu schützen.

Mit den Selbstanzeigen setzen wir ein politisches Zeichen gegen die Diskreditierung und Marginalisierung des Widerstands. Nach wie vor sind Tausende aktiv gegen Stuttgart 21. In Stuttgart haben sich 117.235 Bürgerinnen und Bürger bei der Volksabstimmung für den Ausstieg aus dem Projekt ausgesprochen. Sie haben erkannt, dass Stuttgart 21 ein rechtswidriges Großprojekt einzelner Unternehmen ist, das keinen Nutzen für die Bevölkerung hat, aber mit öffentlichen Geldern finanziert wird.

Niemand wollte in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar freiwillig den Park räumen. ParkbesetzerInnen, deren Personalien nicht aufgenommen wurden, sind zum Teil brutal aus dem Park gedrängt worden, um zu verhindern, dass sie aktenkundig werden. Erlebt von Parkschützerin Tine: „Nach etwa zwölf Stunden Blockade im Park wurde ich fünf Meter getragen und dann durch die Hamburger Gitter zur Klettpassage geschoben. Ich bin froh durch die Selbstanzeige klarmachen zu können, dass ich da war, mit allen Konsequenzen. Ich habe doch nicht so lange im Park gesessen, um dann einfach freiwillig zu gehen.“

Der Bevölkerung wird entgegen aller Wahlversprechen von Winfried Kretschmann keine Möglichkeit der Beteiligung und Mitbestimmung gegeben. Öffentliche Gelder fließen wie

gehabt, gegen den Willen vieler Menschen, ohne Wenn und Aber an Banken und Großkonzerne, statt in Bildung, Kultur und einen funktionierenden, ökologischen Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Auch Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, zeigt sich heute selbst an. Sie zeigt sich aus Solidarität mit den Stuttgart-21-GegnerInnen an. Gemeinsam kämpfen wir gegen Korruption und den Lobbyismus der Konzerne, die Stuttgart 21 und die Privatisierung der Bahn vorantreiben. Öffentliche Güter müssen demokratisch kontrolliert werden.

Der Widerstand gegen Stuttgart 21 ist nicht gebrochen: Wir lassen uns nicht verbieten, unsere Stadt mit zu gestalten. Weder von Mappus, noch von Kretschmann, weder von Schuster, noch von dem zukünftigen Oberbürgermeister oder der zukünftigen Oberbürgermeisterin. Die Stadt gehört uns. Wir haben ein Recht auf eine lebenswerte Stadt, wir übernehmen Verantwortung, stellen uns quer gegen die Stadtzerstörung.

Wir fordern Mitmacht statt Ohnmacht!

Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Solidarität ist die Zärtlichkeit des Widerstands!